

04. September 2000/UK

Infobrief 32/00

Lastschriftverfahren; Widerspruchsfrist; BGH Entscheidung

Sachverhalt

Mit Urteil vom 6. Juni 2000 - XI ZR 258/99 hat der BGH eine spektakuläre Entscheidung zu den Widerspruchsmöglichkeiten des Schuldners im Lastschriftverfahren getroffen und zwar mit folgenden Leitsätzen:

- a) *Die Möglichkeit des Schuldners zum Widerspruch gegen Belastungen seines Kontos aufgrund Einzugsermächtigungslastschriften ist nicht befristet und endet erst durch Genehmigung gegenüber der Zahlstelle.*
- b) *Eine Genehmigung solcher Belastungen kann nach den geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen und den Sonderbedingungen für den Lastschriftverkehr der Sparkassen nicht in einem Schweigen auf einen Rechnungsabschluß gesehen werden.*

Im folgenden wird hierzu Stellung genommen und das Urteil abgedruckt.

Stellungnahme

„Der Schuldner ist in den Verfügungen über sein Konto frei“ – dass sich der BGH mit diesem Satz zitieren lässt, könnte denen zur Freude gereichen, die für den Zahlungsverkehr ein größeres Maß an Kontenintegrität für den Bankkunden fordern. Zwar hat dann auch das Gericht selbst als Leitsatz formuliert, dass der Widerspruch des Schuldners gegen Belastungen seines Kontos unbefristet ist. In der zukünftigen Praxis wird das Urteil jedoch *de facto* zu einer Widerspruchsfrist von vier Wochen nach der quartalsmäßigen Saldenmitteilung führen.

Die Entscheidung ist einigermaßen spektakulär wenn auch für diejenigen, die intensiver mit dem Bankrecht befasst sind, nicht sonderlich überraschend. Der Richter am Bundesgerichtshof *van Gelder* hat bereits mehrfach den Tenor dieser Entscheidung als seine juristische Auffassung vertreten, so z.B. im Bankrechtshandbuch von *Schimansky/Bunte/Lwowski* oder im November letzten Jahres auf einer Tagung zum Zahlungsverkehr in Hamburg (veröffentlicht in der WM 2000, 102 ff.). Man mag von der Veröffentlichungs- und Seminartätigkeit amtierender höchster Richter halten was man will (in anderen Ländern, wie den USA, übt man hier mehr Zurückhaltung); im Ergebnis wirken solche Tätigkeiten nach der „Alan-Greenspan-Methode“: Schon lan-

ge vor den Entscheidungen wird angekündigt, in welche Richtung es denn wohl gehen wird, damit der Markt, zumindest der der juristischen Meinungen und Rechtsabteilungen, sich hierauf einstellen kann. Versteht man die Funktion unseres Rechtssystems in einem grundsätzlich voneinander unabhängigen Zusammenspiel von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft, muss man hier ein gewisses Verfließen der Grenzen zur Kenntnis nehmen, wenn die in den Urteilen als ausschlaggebend zitierte Literatur zumeist die ist, die die Richter selbst verfasst haben. Ob sich ein gesetzmäßig ja immerhin doch kollektiv entscheidender Senat am BGH gegen die bereits veröffentlichte Meinung eines seiner Richter wenden wird, ist im übrigen auch recht fraglich.

Die Entscheidung des BGH bringt im Ergebnis rechtliche Klarheit zu der bislang umstrittenen Frage nach der Bemessung einer Frist für das Widerspruchsrecht des Kunden gegen eine Belastungsbuchung aus einer Lastschrift im Einzugsermächtigungsverfahren. Da es nach der überwiegend und jedenfalls auch vom BGH vertretenen „Genehmigungstheorie“ im Einzugsermächtigungsverfahren stets an einem Auftrag des Kontoinhabers zur Belastung seine Kontos aus der Lastschrift fehlt, muss die Verfügung der Bank über das Konto erst noch genehmigt werden. Bei der Beantwortung der Frage, wie lange der Schuldner gegenüber seiner Bank das Widerspruchsrecht ausüben darf, lassen sich zwei Begründungsansätze unterscheiden: zum einem ein Verlust des Widerspruchsrechts durch bloßen Fristablauf, da nach Abschnitt II Nr. 1 und 2 LSA die Schuldnerbank nur sechs Wochen nach Belastungsbuchung Erstattung von der Gläubigerbank verlangen kann, oder zum anderen Verlust des Widerspruchsrechts durch Genehmigung.

1. Zum Fristablauf nach sechs Wochen hat der BGH klargestellt, dass grundsätzlich der Schuldner (abgesehen allerdings von eventuellen Schadensersatzansprüchen) unbegrenzt widerrufen kann, da das Lastschriftabkommen (LSA) im Interbankenverhältnis eben nicht den Kontoinhaber gegenüber seiner Bank verpflichten kann.
2. Vornehmlich aber befasst sich die Entscheidung des BGH mit einem möglichen Verlust des Widerspruchsrechts durch eine Genehmigung des Kontoinhabers. Hier hat der BGH zu Recht in aller Deutlichkeit verneint, dass allein das Schweigen auf den Kontoauszug hin bereits zu der erforderlichen Genehmigung des Lastschrifteinzuges führen kann. Der Kontoauszug des Tagessaldos dient ausschließlich tatsächlichen (Informations-) Zwecken. Aus ihm kann sich damit kein rechtsverbindliches Unterlassen einer Erklärung anknüpfen. Ausdrücklich offen gelassen hat demgegenüber der BGH eine konkludente Genehmigung bei weiterer Nutzung des Kontos. Tatsächlich dürfte es jedenfalls in den Fällen, wo ein Konto im Rahmen einer aktiven Geschäftsbeziehung intensiv und über einen längeren Zeitraum genutzt wird, nicht so fern liegen, auch von einer stillschweigenden Genehmigung der vorgenommenen Lastschriftabbuchung auszugehen. Die rechtsgeschäftliche Intensität ist in diesen Fällen ausreichend groß, um von einer Vielzahl von Handlungen (und eben nicht einem bloßen Unterlassen!) auf eine konkludente Willenserklärung schließen zu können.
3. Der Schwerpunkt der Entscheidung des BGH liegt aber in der Kritik einer Konstruktion, die sich bislang - neben der sechswöchigen Frist aus dem Lastschriftabkommen der Banken - großer Beliebtheit erfreute, um die dogmatische Last mit der Lastschrift zu schultern: dem Schweigen auf das quartalsmäßige Saldoanerkennnis. Ohnehin ist hier die allgemeine Auffassung, in dem Schweigen auf die Saldenmitteilung nach vier Wochen liege konkludent der Abschluss eines Anerkenntnisvertrages, rechtsdogmatisch schon sehr weitgehend, wenn auch vom

AGBG (vgl. § 10 Nr. 5 AGBG) gedeckt, da ein berechtigtes Interesse der Banken aus den organisatorischen Bedürfnissen des Massengeschäftes anzunehmen ist. Sicherlich zu weit ginge es aber, in diesem Schweigen ohne weitere Hinweise der Bank auch noch die konkludente Genehmigung aller – und auch der zunächst noch rechtsgrundlosen und ggf. unrechtmäßigen – Buchungsvorgänge zu sehen. Dass es überhaupt zu einer großen Anhängerschaft für diese Auffassung kommen konnte, liegt dann wohl auch weniger an ihrer juristischen Evidenz, als vielmehr an der praktischen Notwendigkeit, eine klare Regelung zu finden. Dafür nämlich eignet sich ein quartalsweiser Rechnungsabschluss mit klarer Widerspruchsfrist ganz ausgezeichnet. Dass diese Konstruktion rechtlich nicht haltbar ist, hat der BGH nun festgestellt, jedoch nicht ohne den Banken auch bereits die seiner Ansicht nach dogmatisch korrekte Lösung des Dilemmas in ihre AGB zu diktieren. In Zukunft dürfte damit etwa ein wie folgender Hinweis die Kontoauszüge zieren: „Die Anerkennung des Saldos umfasst auch die Genehmigung der darin enthaltenen Belastungen aufgrund von Lastschriften im Einzugsermächtigungsverfahren“.

4. Aus Sicht des Bankkunden wird eine solche Regelung, wie sie der BGH hier vorgezeichnet hat, in den Fällen, in denen die Belastungsbuchungen kurz vor Saldenmitteilung erfolgen, zu einer auf nur wenig über vier Wochen liegenden Widerspruchsfrist führen. Aus Verbraucherschutzsicht läßt sich das kritisieren. Der Entscheidung aber ist doch zuzugeben, dass mit einer solchen Lösung zumindest Rechtssicherheit jenseits einer durch „Treu und Glauben“ gem. § 242 BGB zu bestimmenden Frist erreicht wird. Anders als in den Urteilen über die Gebühren bei Lastschriftrückgaben, in der der BGH angedeutet hat, dass er die dort betroffenen Entgelte unter keinem Gesichtspunkt für zulässig hält (vgl. *Krüger*, MDR 2000, S. 745 ff.), hat er hier für die Banken nicht nur die Tür zu einer Begründung geöffnet, sondern zugleich auch die Hinweisschilder aufgestellt. Die Kreditinstitute werden nicht zögern, ihnen zu folgen. Im Ergebnis ist damit die Entscheidung weniger eine substantielle Kehrtwende, als ein Stück dogmatischer „Flurbereinigung“ im Sinne des BGH.

Der Text des BGH-Urteils

Tatbestand:

Der Kläger, Gesamtvollstreckungsverwalter über das Vermögen der D. GmbH (Schuldnerin), und die beklagte Sparkasse streiten über die Wirksamkeit eines Widerspruchs gegen Einzugsermächtigungslastschriften. Dem liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Kauffrau K. D. unterhielt unter der Firma ihres einzelkaufmännischen Unternehmens bei der Beklagten ein Girokonto. Die C.bank P., der sie eine Einzugsermächtigung erteilt hatte, zog auf dieses Konto Lastschriften in Höhe von monatlich 26.017,81 DM, durch die Kredite bedient wurden.

Am 12. März 1997 übernahm die Schuldnerin dieses Konto unter Vereinbarung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für den Lastschriftverkehr der Sparkassen.

Die C.bank zog auch nach diesem Kontoinhaberwechsel Lastschriften bis einschließlich September 1997 über das Konto ein. Die Lastschrift für April 1997 wurde von der Beklagten zurückgegeben, die Lastschriften für die Monate Mai bis September 1997 wurden von ihr unter Belastung des Girokontos der Schuldnerin eingelöst und in den Rechnungsabschlüssen zum 30. Juni und 30. September 1997 berücksichtigt.

Nach Eröffnung der Gesamtvollstreckung im Februar 1998 und nach einvernehmlicher Beendigung des Giroverhältnisses verlangte der Kläger von der Beklagten mit Schreiben vom 3. April 1998 "Rückbuchung" u.a. der von Mai bis September 1997 vorgenommenen Lastschrift-Belastungen in Höhe von 130.089,05 DM.

Die Beklagte wendet ein, die Schuldnerin habe die Belastungsbuchungen dadurch konkludent genehmigt, daß sie unter Weiterführung des Girokontos die Buchungen geduldet habe; zumindest liege eine Genehmigung deshalb vor, weil gegen die übersandten Rechnungsabschlüsse zum 30. Juni und 30. September 1997 keine Einwendungen erhoben worden seien.

Das Landgericht hat der Klage auf Zahlung von 130.089,05 DM zuzüglich Zinsen mit Ausnahme eines Teils des geltend gemachten Zinsanspruchs stattgegeben; die Berufung der Beklagten hat das Berufungsgericht zurückgewiesen. Mit ihrer Revision verfolgt sie ihren Klageabweisungsantrag weiter.

Entscheidungsgründe:

Die Revision hat keinen Erfolg.

I.

Das Berufungsgericht hat zur Begründung der Klageforderung im wesentlichen ausgeführt:

Dem Kläger stehe ein Anspruch auf Stornierung der nach dem Kontoinhaberwechsel vorgenommenen Belastungsbuchungen zu. Dieser sei wegen zwischenzeitlicher Auflösung des Giroverhältnisses auf Erstattung der Buchungsbeträge gerichtet. Der Kläger habe nämlich den im Einzugsermächtigungsverfahren erfolgten Belastungsbuchungen mit Schreiben vom 3. April 1998 als Verwalter des Vermögens der Schuldnerin wirksam widersprochen. Die Beklagte habe - unabhängig davon, ob die Schuldnerin aus dem Valutaverhältnis zahlungspflichtig sei - einen Widerspruch auch noch nach längerer Zeit zu befolgen, weil sie ohne Weisung der Schuldnerin deren Konto belastet und diese die Belastungsbuchungen nicht genehmigt habe. Eine Genehmigung könne weder in dem Schweigen der Schuldnerin auf Tageskontoauszüge

noch in dem auf Rechnungsabschlüsse gesehen werden. Zwar gälten Rechnungsabschlüsse nach Nr. 7 Abs. 3 AGB-Sparkassen als genehmigt, wenn ihnen nicht binnen vier Wochen widersprochen werde. Dadurch würden aber Ansprüche auf Richtigstellung von unrichtigen Buchungen nicht ausgeschlossen. Der Kläger könne deshalb die durch die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse zustande gekommenen Anerkenntnisverträge kondizieren. Darüber, ob die Beklagte dadurch, daß der Kläger den Belastungsbuchungen erst sehr spät widersprochen habe, einen ersatzfähigen Schaden erlitten habe oder ob sie sich an die Gläubigerbank halten könne, sei nicht zu entscheiden.

II.

Die Entscheidung des Berufungsgerichts hält der rechtlichen Nachprüfung in den wesentlichen Punkten der Begründung stand.

1. Die Ansicht des Berufungsgerichts, daß der Kläger den Belastungsbuchungen mit Schreiben vom 3. April 1998 wirksam widersprochen hat und der ursprüngliche Berichtigungsanspruch nach Auflösung des Giroverhältnisses als Zahlungsanspruch weiterbesteht, ist zutreffend.

a) Mit Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens geht eine dem Schuldner zustehende Möglichkeit des Widerspruchs gegen im Einzugsermächtigungsverfahren vorgenommene Belastungsbuchungen auf den Verwalter über. Er kann in bezug auf die Masse diejenigen Handlungen vornehmen, zu denen bisher der Schuldner berechtigt war (vgl. §§ 5, 8 GesO).

Die Auflösung des Giroverhältnisses hat die Widerspruchsmöglichkeit - wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat - unberührt gelassen (vgl. Canaris, Bankvertragsrecht 3. Aufl. Rdn. 661; Rottbauer WM 1995, 272, 277). Ansprüche, die sich auf die Kontoführung beziehen und zu einem Guthaben geführt hätten, bestehen nach Auflösung des Giroverhältnisses als Zahlungsansprüche weiter.

b) Mit seinem Widerspruch hat der Kläger den der Schuldnerin zustehenden Anspruch auf Berichtigung der Lastschrift-Belastungen erhoben und deren Genehmigung verweigert (vgl. van Gelder in: Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-Handbuch § 58 Rdn. 57 m.N.); der Beklagten stand daher der mit der Belastung geltend gemachte Aufwendungsersatzanspruch gegen die Schuldnerin nicht zu.

aa) Die Möglichkeit zum Widerspruch gegen die Lastschrift-Belastungen in den Monaten Mai bis September 1997 war im April 1998 nicht durch Zeitablauf erloschen.

(1) Die Frage, ob die Widerspruchsmöglichkeit nach Ablauf einer bestimmten Frist erlischt, ist höchstrichterlich noch nicht abschließend geklärt. Der IVa Zivilsenat des Bundesgerichtshofs ist allerdings in seiner Entscheidung vom 30. Januar 1985 (IVa ZR 91/83, WM 1985, 461, 463) davon ausgegangen, daß der Kontoinhaber seinen Widerspruch nur binnen einer Frist von sechs Wochen ausüben kann (s. auch BGH, Urteil vom 15. Dezember 1994 - IX ZR 252/93, WM 1995, 352, 353; OLG Koblenz NJW-RR 1994, 689, 691). Demgegenüber hat der XII. Zivilsenat in seinem Urteil vom 10. Januar 1996 (XII ZR 271/96, WM 1996, 335, 337) ausgeführt, der Widerspruch des Kontoinhabers sei nicht an eine Frist gebunden. Bei diesen Äußerungen handelt es sich jeweils um obiter dicta, auf denen die genannten Entscheidungen nicht beruhen.

(2) Im Schrifttum ist die Antwort auf die angesprochene Frage umstritten.

Einige Autoren nehmen unter Hinweis auf Abschnitt III Nr. 2 des Abkommens für den Lastschriftverkehr (LSA) an, daß die Widerspruchsmöglichkeit auf sechs Wochen befristet sei (MünchKomm/

Heinrichs, 3. Aufl. § 362 BGB Rdn. 26; Soergel/Zeiss, BGB 12. Aufl. § 362 Rdn. 7; Hennig, Zahlungsverkehrsabkommen der Spitzenverbände in der Kreditwirtschaft, 1991, S. 88; Diestelmeier, Die Stellung des zwischengeschalteten Kreditinstituts im bargeldlosen Zahlungsverkehr, 1992, S. 17; Reimer Schmidt AcP 166 (1966), 1, 14; Pleyer/Holschbach DB 1972, 761; Franke DB 1973, 1055; Skrotzki KTS 1974, 136, 138).

Nach einer anderen Meinung, die auf Nr. 11 Abs. 4 AGB-Banken und Nr. 20 Abs. 1 Buchst. g AGB-Sparkassen verweist, soll der Schuldner unverzüglich Widerspruch erheben müssen; bei schuldhafter Nichtbefolgung dieser Pflicht soll die Widerspruchsmöglichkeit bereits vor Ablauf von sechs Wochen, jedenfalls aber, wenn der Schuldner für die Verzögerung keine stichhaltigen Gründe habe oder die Belastung nach dem Valutaverhältnis berechtigt gewesen sei, nach Ablauf dieser Frist erlöschen (Canaris, Bankvertragsrecht 3. Aufl. Rdn. 559, 560; Engel, Rechtsprobleme um das Lastschriftverfahren, 1966, S. 42, 45; Fallscheer-Schlegel, Das Lastschriftverfahren - Entwicklung und Rechtsprobleme, 1977, S. 29; Denck ZHR 144, 178 f.).

Im Gegensatz dazu stehen diejenigen Autoren, die eine Befristung der Widerspruchsmöglichkeit verneinen (van Gelder in: Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-Handbuch § 58 Rdn. 70, 71; Reiser/Krepold BuB 6/315 zu Abschnitt III Nr. 2 LSA und 6/477; Reyher/Terpitz, Der Lastschriftverkehr, 1982, S. 75; Gößmann, Recht des Zahlungsverkehrs 3. Aufl. Rdn. 151, 157; Bauer WM 1981, 1186, 1189; Bundschuh, Festschrift für Stimpel, 1985, S. 1039, 1044 ff.; Hadding Sparkasse 1986, 48, 50; Denck ZHR 147, 554; Vortmann EWiR 1995, 1043); Pönisch WuB I D 2. - 1.97).

(3) Der erkennende Senat schließt sich der letztgenannten Auffassung an. Die Widerspruchsmöglichkeit des Kontoinhabers ergibt sich aus dem Giroverhältnis und

der ungenehmigten Belastung des Kontos bei einer Lastschrift im Einzugsermächtigungsverfahren. In diesem Verfahren handelt die Schuldnerbank, die eine Lastschrift einlöst, nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nur aufgrund einer im eigenen Namen erteilten Weisung der Gläubigerbank im Rahmen des zwischen den Banken bestehenden Giroverhältnisses. Die Belastung des Girokontos des Kontoinhabers geschieht also ohne entsprechende Weisung des Schuldners. Der Schuldnerbank steht deshalb ein Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB, den sie mit der Belastungsbuchung gegen den Schuldner geltend macht, erst zu, wenn der Schuldner die Belastungsbuchung gegenüber der Schuldnerbank genehmigt (BGHZ 69, 82, 84 f.; 74, 309, 312; 95, 103, 106; BGH, Urteil vom 10. Januar 1996 - XII ZR 271/96, WM 1996, 335, 337). Da der Schuldner in den Verfügungen über sein Konto frei ist und somit im Verhältnis zur Schuldnerbank keiner Beschränkung bei der Entscheidung unterliegt, ob und warum er einer Einzugsermächtigungs-Lastschrift widerspricht, ist sein Widerspruch für die Schuldnerbank grundsätzlich immer verbindlich (BGHZ 74, 300, 304; 101, 153, 156). Daraus folgt, daß der Schuldner der Belastungsbuchung aufgrund einer Einzugsermächtigungs-Lastschrift zeitlich unbegrenzt widersprechen kann (Bundschuh, Festschrift für Stimpel, 1985, S. 1039, 1045 f.).

bb) Die Widerspruchsmöglichkeit der Schuldnerin war hier auch nicht durch eine wirksame Genehmigung i.S. von § 684 Satz 2 BGB erloschen.

(1) Eine solche Genehmigung kann - wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat - nicht in dem bloßen Schweigen auf einen zugegangenen Tageskontoauszug gesehen werden. Der in einem solchen Auszug ausgewiesene Saldo ist ein reiner Postensaldo, der u.a. für die Zinsberechnung erstellt wird und dessen Bedeutung sich auf die Verhinderung nicht gedeckter Auszahlungen beschränkt. Er dient rein tatsächlichen Zwecken. Deshalb liegt in einem bloßen Schweigen auf einen solchen Auszug keine schlüssige rechtsgeschäftliche Erklärung, geschweige denn eine Genehmigung von der Beklagten vorgenommener Kontobelastungen (st.Rspr. vgl. z.B. BGHZ 73, 207, 209 f.; 95, 103, 108; BGH, Urteil vom 12. Juni 1997 - IX ZR 110/96, WM 1997, 1658, 1660).

(2) Auch darin, daß der Schuldner über mehrere Monate die streitigen Belastungsbuchungen nicht beanstandet hat, liegt hier keine konkludente Genehmigung.

Im Schrifttum wird insoweit unter Hinweis auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 25. Mai 1979 (II ZR 253/78, WM 1979, 994, 995) die Ansicht vertreten, die widerspruchslöse Fortsetzung des Zahlungsverkehrs über ein Konto, das mit Lastschriftbeträgen belastet worden sei, über eine längere Zeit hinweg sei als Genehmigung durch schlüssiges Handeln zu werten (Reiser/Krepold BuB Rdn. 6/441; Reyher/Terpitz, Der Lastschriftverkehr, 1982, S. 75). Ob dem gefolgt werden kann, bedarf hier keiner Entscheidung. Feststellungen, daß die Schuldnerin das Konto in Kenntnis der Belastungen mit Lastschriften über längere Zeit zur Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs weiterbenutzt hat, hat das Berufungsgericht nicht getroffen. Eine Rüge, das Oberlandesgericht habe insoweit substantiiertes Vorbringen übergangen, fehlt.

(3) Auch im Schweigen der Schuldnerin auf die zugegangenen Rechnungsabschlüsse hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei keine Genehmigung der Lastschriftbelastungen gesehen.

Nach Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 AGB-Sparkassen gelten Rechnungsabschlüsse als genehmigt, wenn ihnen nicht binnen vier Wochen nach Zugang widersprochen wird. Auf diese Rechtsfolge wird der Kunde bei Erteilung des Rechnungsabschlusses hingewiesen. Die den Anforderungen des § 10 Nr. 5 AGBG entsprechende Bestimmung führt zum Abschluß eines Anerkenntnisvertrages. Mit ihm gehen die kontokorrentfähigen beiderseitigen Ansprüche und Leistungen unter, übrig bleibt nur der Anspruch aus dem Saldoanerkennnis (BGHZ 80, 172, 176).

Diese Wirkung ist nicht zu verwechseln mit einer rechtsgeschäftlichen Genehmigung aller dem Rechnungsabschluß zugrunde liegenden Buchungen. Belastungsbuchungen, denen keine Forderung der Sparkasse entspricht, werden durch das Schuldanerkennnis weder rechtmäßig noch ohne weiteres genehmigt (vgl. Senatsurteil vom 18. Oktober 1994 - XI ZR 194/93, WM 1994, 2273, 2274; Schimansky in: Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-Handbuch § 47 Rdn. 51; Wolf/Horn/Lindacher, AGBG 3. Aufl. § 10 Nr. 5 Rdn. 30).

Etwas anderes könnte nur dann gelten, wenn das Schweigen des Kunden aus der Sicht des Kreditinstituts über die Anerkennung des Saldos hinaus den Erklärungswert einer geschäftsbesorgungsrechtlichen Genehmigung der Kontobelastungen aufgrund Einzugsermächtigungslastschriften hätte. Dazu bedürfte es aber einer darauf zu beziehenden (und zu beschränkenden) weiteren Bestimmung etwa in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, daß die Anerkennung des Saldos auch eine Genehmigung der darin enthaltenen Belastungen aufgrund Einzugsermächtigungslastschriften umfaßt, sowie eines entsprechenden Hinweises an die Kunden bei Erteilung des Rechnungsabschlusses (vgl. van Gelder WM 2000, 101, 106; s. auch Soerger/Häuser/Welter, BGB 12. Aufl., § 675 Rdn. 197).

Daran fehlt es hier. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie die Sonderbedingungen für den Lastschriftverkehr der Sparkassen enthalten keine auf die Genehmigung von Belastungsbuchungen im Einzugsermächtigungsverfahren bezogene Regelungen. Auch der Hinweis auf die Bedeutung des entsprechenden Schweigens innerhalb einer bestimmten Frist fehlt. Die in Abschnitt I Nr. 5 der Sonderbedingungen für den Lastschriftverkehr enthaltene Pflicht, Einzugsermächtigungslastschriften unverzüglich zu widersprechen, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang. Die Verletzung dieser Pflicht führt nicht zu einer Genehmigung der betreffenden Lastschriftbelastungen, sondern nur zu einem Schadensersatzanspruch der Zahlstelle gegen ihren Kunden. Das Schweigen der Schuldnerin auf die ihr zugegangenen Rechnungsabschlüsse enthält danach keine Genehmigung der Lastschriftbelastungen, sondern führt zum Abschluß von Anerkenntnisverträgen. Diese können, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, nach § 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1, Abs. 2 BGB kondiziert werden, wenn der Kunde nachweist, daß in den Saldo eine nicht ge-

nehmigte Belastung aufgrund einer Einzugsermächtigungslastschrift Eingang gefunden hat. Diesen Beweis hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei als geführt angesehen.

2. Ob aus dem Prozeßverhalten der Beklagten entnommen werden kann, daß sie einen Schadensersatzanspruch wegen nicht unverzüglichen Widerspruchs gegen die Lastschrift-Belastungen geltend machen will, kann offenbleiben. Die Beklagte hat nämlich zu einem dadurch entstandenen Schaden nichts vorgetragen. Ein solcher Schaden kann hier, anders als die Revision meint, nicht schon deshalb angenommen werden, weil die Beklagte nach Ablauf von sechs Wochen keine Wiedervergütung von der ersten Inkassostelle verlangen kann (Abschnitt III Nr. 2 LSA). Es muß hier nämlich berücksichtigt werden, daß die erste Inkassostelle und die Zahlungsempfängerin personenidentisch sind und eine vereinbarte Rückgabe außerhalb des Lastschriftabkommens sowie ein Anspruch nach Abschnitt I Nr. 5 LSA nicht ausgeschlossen sind.